

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzo, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FW)**

Einsatzfähigkeit und Planungssicherheit der Bundeswehr sichern – Bundeswehrreform kritisch überprüfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und die Planungssicherheit für Soldatinnen und Soldaten und Kasernenstandorte gewährleistet ist. In diesem Sinne muss die Reform der Bundeswehr nochmals einer sorgfältigen und kritischen Überprüfung unterzogen werden.

Begründung:

Die Bundesrepublik steht vor einer tiefgreifenden Reform ihrer Streitkräfte. Zum einen ist die allgemeine Wehrpflicht – unter dem Schlagwort „Staatsbürger in Uniform“ lange Jahre das zentrale Selbstverständnis der Bundeswehr – ausgesetzt worden und zum anderen soll der Personalbestand von rund 250.000 Mann auf rund 180.000 Mann reduziert werden. Die Anwerbung von qualifizierten Freiwilligen gestaltet sich schwieriger und teurer als befürchtet.

Es gibt derzeit 68 Bundeswehrstandorte im Freistaat, von denen viele von Schließung bedroht sind. Die drohenden Auswirkungen auf die jeweiligen Regionen v.a. im strukturschwachen Raum wurden bisher mit der Aussage Guttenbergs, „die Bundeswehr ist nicht in erster Linie dazu da, Strukturpolitik zu betreiben“, nicht ernst genug genommen. Strukturen der Bundeswehr haben bisher auch der Versorgungssicherheit im medizinischen Bereich gedient. Auch solche Strukturen sind von Schließung bedroht.

50.000 Dienstposten an den bayerischen Kasernenstandorten stehen vor einer ungewissen Zukunft. Viele Soldatinnen und Soldaten haben sich mit ihren Familien in der Nähe der Standorte niedergelassen, im Vertrauen auf einen zuverlässigen Arbeitgeber. Die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr ist in Gefahr.

Die angestrebten Einsparungen durch die Reform in Milliardenhöhe können nach jüngsten Meldungen nicht realisiert werden, die erhofften zusätzlichen Mittel zur Verbesserung der Ausrüstung stehen nicht zur Verfügung.

Negative Auswirkungen auf die sozialen Dienste durch Wegfall der Ersatzdienstleistenden sind noch nicht abgewendet.

Jetzt gilt es, drohenden Schaden von der Bundeswehr abzuwehren und die eingeleitete Reform einer kritischen Prüfung zu unterziehen, um erforderlichenfalls rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu ergreifen.